

BRONSKIS WOCHE

Wussten Sie, dass alle Ihre Leserbriefe auch online aufzufinden und nachzulesen sind? Im FR-Blog, Ihrem Online-Leserforum. Es ist die Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet. Dort werden Ihre Zuschriften nicht nur ungekürzt veröffentlicht, während hier im Print-Leserforum meistens gekürzt werden muss. Sie können dort auch mit anderen Leserinnen und Lesern in Kontakt treten und sich mit ihnen austauschen. Falls Sie nicht wissen, wie das funktioniert, gibt es hier einen Crashkurs: frblog.de/einfuehrung Ihr Bronski



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Stephan Hebel spricht zum Thema „Was bringt uns das neue Jahr?“ Mit Diskussion. **Donnerstag, 16. Januar, 19 Uhr** **Genusskomplizen, An der Kleinmarkthalle 7-9, Frankfurt**

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen Themen. Einlass ab 18 Uhr. **Donnerstag, 30. Januar, 19 Uhr** **Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt**

Jens Joachim moderiert ein Gespräch zum Thema „Kulturelles Erbe und Zukunft. Die Rolle der Museen heute“ mit Martin Faass, Direktor des Hessischen Landesmuseums Darmstadt. Eine Veranstaltung der Evangelischen Stadtakademie Darmstadt. **Dienstag, 18. Februar, 18:30 Uhr** **Offenes Haus, Rheinstraße 31, Darmstadt**

Bascha Mika stellt das Buch „Mut für einen Feminismus, der Allen gut tut“ vor, das sie zusammen mit Nadja Erb geschrieben hat. **Donnerstag, 20. Februar, 18 Uhr** **Literaturhaus, Kasinostraße 3, Darmstadt**

Bascha Mika moderiert ein Gespräch zum Thema „Die Frage nach dem richtigen Leben und das Wissen von den wichtigen Dingen“ mit Prof. Norbert Bolz. Eine Veranstaltung der Ev. Stadtakademie Darmstadt. **Dienstag, 3. März, 18:30 Uhr** **Offenes Haus, Rheinstraße 31, Darmstadt**

Der Parteitag war ein Befreiungsschlag

SPD: „Geht's noch?!“, Kolumne von Klaus Staack, FR-Meinung vom 12. Dezember

Esken ist nahe an der Lebenswirklichkeit

Klasse, dass das endlich jemand so deutlich sagt, die Zunft der Journalisten ins Gebet nimmt und fordert, endlich neutral zu berichten. Es scheint, als haben sich alle Journalisten namhafter Zeitungen gegen die SPD verschworen und maßen sich an, von Untergang und sogar vom Tod der SPD zu schreiben. Geht so guter Journalismus? Völlig vorbei an der Aufgabe der „Vierten Gewalt“. Note 6, hinsetzen!

Wer befeuert diese Journalisten, zu solch einem Negativ-Journalismus? Ein Reporter hat am Sonntag in einer Sendung zusammengefasst: In so ziemlich allen großen und renommierten Zeitungen werde die SPD als untergehende Partei dargestellt. Man habe sich fast darauf eingeschworen und eigentlich kann die SPD machen, was sie will, diese Zeitungen scheinen daran festzuhalten.

Er meinte, es sei unglücklich, noch vor Beginn der Arbeit der SPD-Chefs Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans, derart negativ über die SPD zu schreiben, fairer sei es, erst einmal abzuwarten und dann zu bewerten. Zu Saskia Esken meinte er, sie sei eine Politikerin, die am nächsten zu den Lebenswirklichkeiten der Menschen steht.

Recht hat er! Die, die die Karriereleiter schon nach oben erklommen haben und lange Establishment sind, leben in einer Blase, in der nichts mehr der Lebenswirklichkeit der Men-

schen ähnlich ist. Ich bin überzeugt, Saskia Esken wird aus diesem gesunden und lebensechten Blickwinkel, handeln. Die Menschen werden diesen Ansatz erkennen! Beate Bender, Dortelweil

Abschied von der Politik des Basta-Kanzlers

Für viele sozialdemokratische Genossinnen und Genossen, so auch für mich, kommt die Wahl von Saskia Esken und Norbert-Walter Borjans einem lang erhofften Befreiungsschlag gleich; denn deren Wahl ist eine klare Absage an die selbstzerstörerische „Weiter-so“-Politik der großen Koalition und des Verzichts auf die Wahrnehmung staatspolitischer Verantwortung durch das Nichtwahrnehmen der in einer Demokratie so wichtigen Rolle einer konstruktiven und demokratischen Opposition.

Als linker Sozialdemokrat hätte ich es natürlich lieber gesehen, wenn die SPD auf ihrem Parteitag den sofortigen Ausstieg aus der großen Koalition beschlossen hätte. Dennoch kann man den Parteitag auch als links stehender Genosse getrost als Fortschritt und Befreiungsschlag bewerten. Denn es ist wirklich so, dass die Partei in Berlin wieder Ziele formuliert hat, die ihr in vielen Bereichen abhanden gekommen waren.

Das macht deutlich, dass die SPD wieder über den Tag hinaus denkt und bei einer entsprechenden öffentlichen Darstellung wieder vermitteln kann, wofür sie steht, was aber auch

konsequent und ohne falsche Rücksicht auf die Berliner Koalitionspartner geschehen muss.

Die SPD ist jetzt auf dem besten Wege, auch wieder Visionen zu vermitteln. Mit ihren sozialpolitischen Forderungen haben sich die Genossinnen und Genossen nach vielen bitteren Jahren endlich inhaltlich und personell von der Armut erzeugenden Politik des Basta-Kanzlers verabschiedet. Wer es wissen will, der kann sich mit der SPD wieder Hoffnungen machen, dass es eine Sozialdemokratie gibt, die gerechtere soziale Verhältnisse erreichen will.

Es mag zwar sein, dass es aus taktischen Gründen derzeit nicht so falsch ist, die große Koalition zu verlassen, weil es Zeit braucht, bis die positiven Inhalte an die Wählerinnen und Wähler gebracht werden und die Menschen das verstanden haben. Richtig ist allerdings, dass der Klimaschutz kein taktisches Warten verträgt, sondern jetzt und sofort umgesetzt werden muss. Denn wir haben nur eine Erde, die nicht austauschbar ist und für deren Existenz gerade Sozialdemokraten eintreten müssen. Dasselbe gilt für den Rechtsextremismus, dessen Bekämpfung auf dem Parteitag Gott sei Dank eine große Rolle spielte. Denn es gibt auch nur eine Bundesrepublik, die sich als Demokratie etabliert hat und vor Schaden bewahrt werden muss. Das Bollwerk gegen rechts muss funktionieren.

Manfred Kirsch, Neuwied

Diskussion: frblog.de/spd-spitze

Eine Instinktlosigkeit ohnegleichen

Entschädigung von Missbrauchsoffern aus der Kirchensteuer: „Abgekartet?“, FR-Feuilleton vom 11. Dezember

Unterstützung ohne Wenn und Aber

Besonders enttäuscht bin ich als Katholikin über die Aussagen des ZDK! Kirchensteuermittel als Quelle für Schmerzensgeldzahlungen in Betracht zu ziehen, mag ja eine Instinktlosigkeit ohnegleichen sein. Dagegen muss man sich verwahren, weil hier die Institution als solche geradezustehen hat und nicht die Mitglieder inklusive der Betroffenen selbst. Stattdessen wägen Mitglieder des ZDK aber zwischen Opferausgleich und anderen Aufgaben ab!

In der katholischen Kirche ist Kindern, Jugendlichen und Frauen und Männern bitterstes Unrecht geschehen. Es sollte die ureigenste Aufgabe dieser Kirche sein, an der Seite dieser Brüder und Schwestern zu stehen und ihnen Recht zu verschaffen. Recht, d.h. nicht nur angemessene finanzielle Unterstützung ohne Wenn und Aber zu leisten, sondern auch seelischen und spirituellen Beistand, sowie für Aufklärung und Prävention zu sorgen.

Was wäre denn dabei, wenn die katholische Kirche dabei Teile ihres Eigentums verliert? Für was überhaupt will sie denn ihr Vermögen zusammenhalten?

Und wie kommt sie dazu, andere Aufgaben heute und in der Zukunft für wichtiger zu halten als den Schaden, an dem sie Schuld trägt, wenigstens zu lindern?

Die, die hier anfangen zu schachern, bewirken das Gegenteil davon: einen Schlag ins Gesicht aller Betroffenen und derer, die sich mit Ihnen verbunden fühlen. How dare they!

Katharina Piepho, Ostfildern

Vergewaltiger gehören hinter Schloss und Riegel

Mit großer Empörung habe ich das Feilschen der Kirchen um die Entschädigung der vergewaltigten und missbrauchten Kinder zur Kenntnis genommen. Wie viele Kinderseelen haben sie für ihr Leben verletzt? Von wirklich echter Reue bis heute weit entfernt und nun streiten sie um die Höhe einer Entschädigung und woher das Geld kommen soll.

Es ist wirklich unerträglich, wenn für diese Verbrechen die Kirchensteuer erhalten soll, während die Täter weiter auf enormen Besitztümern sitzen. Keiner der Verbrecher sitzt im Gefängnis weil die Kirche ja ihre eigene Gerichtsbarkeit hat. Und da wird ein Täter bei Verdacht mal eben aus der Schusslinie ge-

nommen und nach Südamerika oder Afrika versetzt, wo er sich weiter an Kindern vergehen kann, die ihm hilflos ausgeliefert sind.

Es wird endlich Zeit, die im Grundgesetz stehende Trennung von Kirche und Staat zu vollziehen. Nur so ist gewährleistet, dass die Täter einer gerechten Strafe zugeführt werden können. Sie gehören wie jeder „weltliche Vergewaltiger“ hinter Schloss und Riegel. Waltraud Krebsbach-Hess, Bad Soden

Opfer finanzieren die eigene Wiedergutmachung

Wie ich lese, erwägen die Kirchenrepräsentanten, die Entschädigungszahlungen an ihre Missbrauchsoffer aus der Kirchensteuer zu begleichen. Ein genialer Einfall! Mit diesem Trick soll also die Gemeinschaft der Steuerzahler für den „Spaß“ der Klerikalen (jeder zwanzigste Geistliche ist ein Kinderschänder!) aufkommen. Gleichzeitig beteiligen sich damit auch die Opfer an der Finanzierung ihrer eigenen Wiedergutmachung. Eine sehr gute Idee. Ich werde also, sollte ich eines Tages doch einmal ein Bordell besuchen, meine Rechnung bei der Steuer einreichen. George Langhans, Frankfurt

Mit nötigem Respekt

Erwiderung auf „Die Dünge-Verordnung muss kommen“ vom 5.12.

Zu den Bauernprotesten wurden drei Beiträge abgedruckt, die teilweise extrem polemisch und unsachlich überheblich formuliert waren. Das hat dieses komplexe und sensible Thema nicht verdient. Und leider zeugen sie auch von erheblicher Unkenntnis. Dies ließe sich bei echtem Interesse leicht beheben – zum Thema der über 60-jährigen Geschichte der EU-Subventionen, oder den Beteiligten bei einem Gesetzgebungsverfahren des EU-Agrarrates (die EU agiert ja schließlich nicht irgendwo im „Off“) findet man im Internet einiges. Wir sind übrigens durch unsere demokratisch gewählten Vertreter in den EU-Gremien vertreten!

Hervorheben möchte ich, dass jeder seine Meinung kundtun kann, aber dies mit dem nötigen Respekt geschehen sollte. Und jeder kann in einer Demokratie protestieren und demonstrieren, auch wenn es andere Menschen behindert. Ich habe mit vielen Landwirten, vor allem jüngeren, gesprochen und ihre Leidenschaft und Engagement für ihren Beruf wahrgenommen. Auch sie wollen größtenteils kein „Weiter so“, sind sie doch mit die ersten, die die Folgen des Klimawandels zu spüren bekommen, haben jedoch auch kein Patentrezept im Ärmel – das hat wohl niemand. Aber sie wollen gehört und beteiligt werden bei den anstehenden Entscheidungen. Und sie wollen die Existenz ihrer bäuerlichen Betriebe gesichert sehen bei verlässlicher Planungssicherheit – die ist nämlich gründlich verlorengegangen durch die politischen Vorgaben der letzten Jahre.

Bei allen klimarelevant notwendigen Veränderungen gibt es nicht nur Schwarz oder Weiß, übrigens auch nicht bei den vermeintlichen Verursachern der Umweltbelastungen (Stichwort: Kläranlagen in Bezug zu der Nitratbelastung im Grundwasser.)

Vielleicht wäre es aufschlussreich zu sehen, was die polternden Schreiber (Zitat: „Wer soll das alles (fr)essen?“) in ihren Einkaufskorb packen!?

Monika Rechenberg, Natendorf

Diskussion: frblog.de/landwirte